

KOMMENTAR

Weltbild und Wirtschaftswachstum¹

Felix Butschek

Die lang andauernde Stagnation der europäischen Wirtschaft nach der Jahrtausendwende ließ manche Fragen entstehen: Zunächst jene danach, wieso es der Wirtschaftspolitik nicht gelang, einen Aufschwung in Gang zu setzen. An Konzepten mangelte es eigentlich nicht, insbesondere in Deutschland war man sich darüber einig, dass ein „Reformstau“ aufgelöst werden müsse, vor allem durch „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes, also durch Beschränkung des Kündigungsschutzes und der Kollektivverträge, sowie durch Reduktion von Arbeitslosenleistungen – alles Schritte, um die Lohnkosten zu senken, wodurch das Wachstum stimuliert werden sollte.² Nun ging allerdings die Arbeitskostenbelastung, ausgedrückt in Lohnstückkosten, schon seit Jahren zurück,³ dennoch wollte sich absolut kein Aufschwung einstellen.

Andererseits erwiesen sich auch keynesianische Versuche der Krisenbekämpfung nicht gerade überzeugend. Die trotz Maastricht-Kriterien relativ hohen Defizite Deutschlands und Frankreichs bewirkten keine Änderungen in der Konjunkturentwicklung, wie es auch der energischen fiskalischen Expansionspolitik Japans in den neunziger Jahren nicht gelungen war, einen einigermaßen beständigen

Aufschwung zustande zu bringen. Allmählich entstand der Eindruck, keine der verschiedenen nationalökonomischen Schulen sei in der Lage, wirkungsvolle konjunkturpolitische Instrumente zur Verfügung zu stellen. Und es schien daher ein Akt der Hilflosigkeit zu sein, wenn Wirtschaftsjournalisten und Wirtschaftsforscher nun daran gingen, die Stimmung der Konsumenten und Produzenten zu untersuchen und aus deren Veränderungen die Chancen auf einen Aufschwung zu erschließen.

Das lässt sich nämlich mit der heute noch immer vorherrschenden – neoklassischen – Theorie nicht in Übereinstimmung bringen. Nach deren Grundannahmen wird nämlich das Verhalten der Wirtschaftssubjekte im zweiseitigen Tausch durch eine Reihe von Natur aus gegebenen Eigenschaften charakterisiert. Sie sind darauf aus, unter allen Umständen ihren präzise unter Abwägung sämtlicher Alternativen kalkulierten Nutzen zu maximieren. Treten sie in eine Geschäftsbeziehung ein, dann geschieht das stets unter Bedingungen der vollständigen Konkurrenz. Die Präferenzen dieser Individuen bleiben konstant, und die Wirtschaftssubjekte sind über die – gegenwärtigen und künftigen – Bedingungen des Tausches vollständig informiert. Und dieser vollzieht sich nicht nur in einem Augenblick, sondern auch vollkommen kostenlos – am Ende steht das Marktgleichgewicht.

Der kalt und rational abwägende *Homo oeconomicus* kann somit überhaupt keinen Stimmungen ausgesetzt sein und diese daher auch nicht ändern. Er vermag daher, bei der Beurteilung der gleichen Gegebenheiten

immer nur zum gleichen Resultat zu gelangen – außer, diese wandeln sich. Das taten sie aber im Europa der letzten Jahre nicht.

Dennoch verfehlt die ökonomische Folklore in ihrer Beurteilung der Realität ihr Ziel nicht. Es liegt auf der Hand, dass Analysen, die auf dem beschriebenen axiomatischen neoklassischen Ansatz aufbauen, wegen der Realitätsferne seiner Annahmen über Variationen im Tempo des Wirtschaftswachstums nichts auszusagen vermögen. Auch hat die theoretische Diskussion der letzten Jahre, besonders die Experimentelle Nationalökonomie, zu Tage gebracht, dass die Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte noch von weit mehr Motiven bestimmt werden, als die Neoklassik annimmt. Und die Neue Institutionenökonomie (NIE) lieferte den theoretischen Unterbau für das Faktum, dass die – unterschiedlichen und wechselnden – Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte die ökonomische Entwicklung überhaupt bestimmen.

So lässt sich durch deren Wandel nicht nur die Entwicklung der Industriegesellschaft in der westlichen Welt erklären, sondern auch, in welchem Maß jene von anderen Regionen und in welcher Weise übernommen wurde. Aber nicht nur diese langfristige und fundamentale Entwicklung wird durch die sozialen Verhaltensänderungen bestimmt, sondern auch die kurzfristige konjunkturelle, wie das gegenwärtig diskutiert wird. Von einem Umschlag zum Optimismus erwartet man sich eben das Ingangkommen eines neuen Aufschwungs. Jedoch auch die mittelfristige *Performance* einer Wirtschaft scheint von diesem Faktor beeinflusst zu werden.

Nach Auffassung der NIE werden die menschlichen Verhaltensweisen

und damit die sozialen Interaktionen, durch Institutionen, also durch soziale Regeln, bestimmt. Die Gesamtheit dieser Regeln, die Institutionenstruktur (*Governance Structure*), ist zwar weitgehend stabil – sonst könnte sie ihre Funktion nicht erfüllen –, ändert sich aber doch durch wiederholte Erfahrungen von Individuen oder Gruppen.

In Europa entwickelte sich seit der Antike eine spezifische Institutionenstruktur, die am Vorabend der Industriellen Revolution durch folgende Merkmale charakterisiert war: die hohe Bewertung der – physischen – Arbeit; den individualistischen, verantwortungsbereiten, initiativen, selbstreflektierten europäischen Menschentyp; die technisch-wissenschaftliche Ausprägung seines Denkens, die sich in der Existenz einer Scientific Community niederschlug; durch den Rechtsstaat sowie die Einkommensmaximierung infolge permanenter Neukombination der Produktionsfaktoren unter Einsatz des technischen Fortschritts. Es war diese „*Governance Structure*“, die die Voraussetzung für die Industrielle Revolution darstellte.⁴

„England's Prime ...

Und dass sich diese zuerst in England durchsetzte, lag daran, dass sich derartige Institutionen dort in besonderem Maß ausprägten. Die entscheidenden Erfindungen kamen in England zustande, das galt nicht nur für die Dampfmaschine, die zum Symbol der Industriellen Revolution wurde, sondern auch für die zahlreichen Innovationen in der Textilerzeugung. Das Bemerkenswerteste an diesen Erfindungen scheint, dass sie alle nicht von akademisch ausgebildeten Technikern oder Naturwissenschaftlern stammten, sondern von einschlägig interessierten

Amateuren. James Watt war Feinmechaniker, James Hargreaves, der die Spinnmaschine erfand, Mechaniker, Richard Arkwright, welcher diese verbesserte, Friseur und Perückenmacher, Samuel Crompton, der sie noch weiter entwickelte, Textilarbeiter, der Konstrukteur des mechanischen Webstuhls, Edmund Cartwright, Pfarrer und Schriftsteller usw.

Dieser Umstand resultierte aber aus dem umfassenden Interesse, das die zeitgenössische englische Gesellschaft den Naturwissenschaften entgegenbrachte. Das dokumentierte sich beispielsweise in der Existenz zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften. Die berühmteste wurde die „Royal Society for the Improvement of Natural Knowledge“, mit der sich freilich die „Lunar Society“ – die Mitglieder trafen sich in Vollmondnächten – messen konnte. Neben naturwissenschaftlich orientierten, hochschulmäßigen Bildungsinstitutionen, wie dem 1828 in London gegründeten „University College“, kam es in vielen Städten zur Einrichtung von Mechanikerschulen. Gesellschaftliches Prestige errang man durch technisch-handwerkliche Fähigkeiten.⁵ In dieser Atmosphäre konnte die große Zahl der englischen Erfinder heranwachsen: „From his days as a young apprentice in London James Watt participated in what we came to see as the distinctively British culture of applied science.“⁶

Und diese Konstellation führte auch zu einem entsprechenden Wirtschaftswachstum. Noch im Mittelalter zählte England zu den Ländern mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Um 1600 allerdings hatte sich seine Position schon beträchtlich verbessert. Es lag nun nach Holland und Italien an dritter Stelle der europäischen Einkommenshierarchie. 1820

war es schon weit vorangekommen, nur der Nachhall des „goldenen Zeitalters“ in Holland bewirkte, dass dieses noch immer geringfügig höher rangierte. Hier verzeichnet allerdings das Pro-Kopf-Einkommen die Situation, denn in England hatte die Bevölkerung dramatisch zugenommen, wogegen sie in Holland geschrumpft war. Um 1700 erzielte England ein doppelt so hohes Bruttoinlandsprodukt wie Holland, 1820 war es siebenmal so hoch.⁷ Bis 1870 hatte sich dann England gegenüber allen anderen westeuropäischen Staaten an die Spitze gesetzt, die es auch 1913 beibehielt, überholt nur durch die USA – die übrigen europäischen Abkömmlinge hatten immerhin auch bereits das englische Niveau erreicht.

Nach dem Ende der napoleonischen Kriege setzte sich die Industrialisierung auch in den anderen westeuropäischen Staaten sowie in den USA durch, und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann ein Aufholprozess dieser Länder. Die Weltausstellung 1851 demonstrierte noch den Höhepunkt der britischen Suprematie. Im Londoner Crystal Palace vermochten die englischen Ausstellungsobjekte fast alle Preise auf sich zu vereinen. Umso größer geriet die Ernüchterung, als schon in der Weltausstellung des Jahres 1867 in Paris nur mehr rund 10% davon englischen Objekten zugute kamen.⁸

... and Britain's Decline“

Seither ist die Diskussion über den Verlust der unangefochtenen ökonomischen Spitzenposition in England nicht mehr abgerissen. Und obwohl – wie gesagt – noch 1913 das britische Pro-Kopf-Einkommen das aller Industriestaaten, mit Ausnahme

der USA, übertraf, veranlasste allein die relative Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Zeitgenossen wie Nachfahren, ständig Überlegungen über die möglichen Ursachen anzustellen.

Die Gründe für die Wachstumsverlangsamung sah man zunächst im unzulänglichen Schul- und Ausbildungssystem, das mehr auf Charaktererziehung als auf systematische und wissenschaftliche Ausbildung gerichtet gewesen sei. Aufgrund dieser Überlegungen wurden schon Ende des 19. Jahrhunderts tatsächlich einige Reformen daran vorgenommen.⁹ Eine weitere Ursache glaubten manche Autoren in den außerordentlich hohen britischen Auslandsinvestitionen zu erkennen. Eine Erscheinung, die nicht zu übersehen war, denn 1913 übertraf das Bruttonationalprodukt das Inlandsprodukt um 9%.¹⁰ Andere Ökonomen erachteten die staatliche Wirtschaftspolitik als verfehlt, die sich lange Zeit am Freihandel orientiert und es verabsäumt habe, eine systematische Industriepolitik zu betreiben.¹¹ Schließlich tauchte die Überlegung auf, die Kosten des Empire seien zu hoch geworden. Das entsprach jenen neueren Untersuchungen, die die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Kolonien eher negativ einschätzten.¹²

Pollard stellt aber letztlich alle diese Kritik wieder in Frage, wenn er meint, die relative Wachstumsverlangsamung seit 1870 repräsentiere nur einen Normalisierungsprozess, der sich aus dem Aufholen der anderen westeuropäischen Länder ergäbe, die die Vorteile der Verspäteten lukrieren konnten. Sie hätten sich alle jene Umwege erspart, die der Vorreiter oftmals einschlagen musste, um zum Ziel zu gelangen. In England habe sich überdies ein Strukturwandel vollzogen, der der Reife dieser Volkswirtschaft entsprach. Die ökonomischen Schwerpunkte hätten sich dadurch von der Grundstoffindustrie zur Verarbeitung, den Dienstleistungen sowie zum monetären Sektor verlagert.¹³

Warum dieser Prozess zu einer Verlangsamung des Wachstums, insbesondere der Arbeitsproduktivität, führen müsse, wird nicht explizit diskutiert. Jedenfalls überzeugt diese Argumentation gerade angesichts der jüngeren internationalen Wirtschaftsentwicklung nicht, denn die USA halten sich seit mehr als 100 Jahren unangefochten an der Spitze aller Industriestaaten, übertreffen sie im letzten Jahrzehnt deutlich im Wachstumstempo und kaum je blieb ihre Dominanz im technischen Fortschritt weniger bestritten als gegenwärtig.

Freilich spielen in fast allen einschlä-

Tabelle 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in Großbritannien, den USA und Deutschland 1870 bis 2000

	Großbritannien	USA	Deutschland
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
1870 bis 1880	0,9	1,7	0,8
1880 bis 1890	1,4	1,6	2,0
1890 bis 1914	0,9	1,5	1,0
1918 bis 1938	0,7	0,4	2,6
1945 bis 1975	1,7	1,1	6,0 ¹⁾
1975 bis 2000	2,1	2,2	2,6

Quelle: Maddison, A., *The World Economy: Historical Statistics*, OECD, Paris, 2003. –

¹⁾ 1946 bis 1975.

gigen Analysen institutionelle Faktoren eine untergeordnete Rolle. Nur Wiener setzte sich vor einiger Zeit mit den Veränderungen der britischen *Governance Structure*, des Weltbildes dieser Gesellschaft, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum intensiv auseinander.¹⁴

In dieser Studie weist der Autor darauf hin, dass um die Mitte des 19. Jahrhunderts, zu einem Zeitpunkt, als es schien, als habe sich das Bürgertum endgültig gegenüber der Aristokratie durchgesetzt, jenes insofern eine Wende vollzog, als es den Wertekanon Letzterer vollständig übernahm. Die Nachkommen der auf Einkommensmaximierung durch innovatorische Initiative gerichteten Generation der bürgerlichen Unternehmer gingen daran, den aristokratischen Lebensstil zu imitieren. Gesellschaftliches Idol wurde der *Gentleman*, der die Zeit auf seinen ländlichen Besitzungen verbrachte und mit Geldverdienen möglichst wenig zu tun haben wollte. Diesen Prozess beschreibt auch Pollard: "Indeed, the gentlemanly ideal, the ideal of those born to rule, experienced a new revival in this period, while the middle-class business ideal, though in some ways highly regarded, failed to acquire any social prestige. Middle-class social climbing consisted of attempts to enter the ranks of the landed classes, to buy an estate and engage in the rustic pursuits of landed gentlemen, like hunting or sitting on county benches. The reverse process was unthinkable: scions of noble families might wish to reap the monetary rewards of entering commerce or industry, but there was always an element of condescension in so doing".¹⁵

Die Kinder der Industriellen be-

suchten *Public Schools*, wo sie wenig oder nichts über Wissenschaft und Technik hörten, sondern wo ihr Charakter durch das Erlernen klassischer Sprachen gebildet wurde.¹⁶

Der Höhepunkt der englischen Industrialisierung, wie er sich in der Weltausstellung des Jahres 1851 manifestiert hatte, barg schon sichtbarlich den Beginn der Umkehr in sich, als die grandiose Architektur des Crystal Palace eine Ausstellungsloke mit neugotischen Möbeln enthielt. Die Rückwendung zur Vergangenheit, das *gothic revival*, wurde für die kommenden Jahrzehnte charakteristisch, was auch in der Literatur seinen Niederschlag fand, indem fast alle Autoren das ländliche „*Old England*“ glorifizierten. Bis in die vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts sahen sie die Industrialisierung als furchtbare Fehlentwicklung, die die englische Bevölkerung aus einem harmonischen und glücklichen Landleben herausgerissen und der Unrast, der Gier und dem Materialismus der Industrie geopfert habe.¹⁷

Nun darf gewiss die soziale Problematik nicht übersehen werden – die Wiener in seiner Arbeit vollständig ausklammert –, die mit diesem tief greifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel einherging. Die zahlreichen Streiks, Aufstände und Maschinenstürme dieser Zeit sprechen ja eine beredte Sprache. Es kann daher nicht überraschen, dass viele Intellektuelle gegenüber der Industriellen Revolution kritischer wurden; doch entsteht auch der Eindruck, dass die zweite oder dritte Generation der Gründerväter ein neues – romantisches – Lebensgefühl entwickelte, das die Industrie und Technik nicht mehr bewunderte, sondern mit einem gewissen Schauer betrachtete.

So ließ sich beispielsweise der Ma-

ler John Martin zu seinem apokalyptischen Bild „Der große Tag des Zorns“ durch eine nächtliche Fahrt, vorbei an Industrieanlagen, inspirieren: „Die Glut der Hochöfen, das grellrote Licht samt dem flüssigen Feuer erschienen ihm wahrhaft erhaben und grauenvoll. Er konnte sich nichts Schrecklicheres vorstellen, nicht einmal in den Regionen ewiger Verdammnis. Alles, was er bisher gemalt oder als Schöpfungen seiner Phantasie dargestellt hatte, blieb an Wirkung weit, sehr weit hinter dieser furchtbaren Erhabenheit zurück“, schilderte sein Sohn.¹⁸

Zwar entstand in ganz Europa eine romantische Reaktion auf die Industrialisierung und die Verklärung des Mittelalters fand im Historismus seinen plastischen Ausdruck. Aber nirgendwo entwickelte sich die Ablehnung der industriellen Lebensform anscheinend derartig krass und massiv wie in England. In Europa – und zu einem geringeren Grad auch in den USA – wurden die kapitalistischen Verhaltensweisen eher historisch verbrämt, was den österreichischen Satiriker Karl Kraus zu der Charakterisierung „Koofmich mit Hellebarde“ veranlasste.

Man kann auf Grund dieser Entwicklungen annehmen, dass die massive Ablehnung der Industriellen Revolution durch die Aristokratie, Künstler und Intellektuelle dämpfende Effekte auf das Wirtschaftswachstum verursachte. Einfach deshalb, weil sich große Teile der gebildeten Bevölkerungsschichten der produktiven und kommerziellen Tätigkeit verweigerten, und weil die gesellschaftliche Werthierarchie die Struktur der informellen Institutionen, die technische sowie kommerzielle Tätigkeit, sehr niedrig einstufte: „An ‘English way of life’ was defined and widely accepted; it stressed nonindustrial noninnovative and nonmaterial

qualities, best encapsulated in rustic imagery – ‘England is the Country’, in Stanley Baldwin’s phrase (by this time already a cliché). This countryside of the mind was everything industrial society was not – ancient, slow-moving, stable, cozy and ‘spiritual’. The English genius, it declared, was (despite appearances) not economic or technical, but social and spiritual; it did not lie in inventing, producing or selling, but in preserving, harmonizing, and moralizing. The English character was not naturally progressive, but conservative; its greatest task – and achievement – lay in taming and ‘civilizing’ the dangerous engines of progress it had unwittingly unleashed.”¹⁹

Wenn also gesagt wurde, dass die von Wissenschaft sowie technischen und kommerziellen Interessen geprägte Atmosphäre im England des 18. Jahrhunderts sich von zentraler Bedeutung dafür erwies, dass dort die Industrielle Revolution in Gang kam, dann wird man annehmen können, dass eine Atmosphäre, die grundsätzlich industrie-feindlich ist, das wirtschaftliche Wachstum verlangsamte.

Dazu kam aber noch ein Weiteres. Die ländliche Aristokratie, deren Wertekanon sich wieder vollständig durchgesetzt hatte, besetzte unverändert alle maßgeblichen politischen Positionen, ob in Regierung, Parlament oder Verwaltung. Zwar gesellten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts Vertreter des Handels, vor allem aber der City dazu. Alle diese Gruppen einte aber das Desinteresse an industriellen Problemen.

Das führte nicht nur dazu, dass beispielsweise die Außenhandelspolitik auf diese keine Rücksicht nahm, sondern dass Belastungen und Behinderungen der Industrie oft durch politische Maßnahmen aus mangelnder

Kenntnis oder fehlendem Interesse zustande kamen.²⁰

Angesichts des säkularen Charakters der Industriellen Revolution vermochte diese Änderung der Institutionenstruktur die Entwicklung der Industriegesellschaft in England nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Aber die daraus resultierenden Wandlungen der Verhaltensweisen, und damit auch der Wirtschaftspolitik, könnten die relative Verlangsamung des englischen Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erklären.

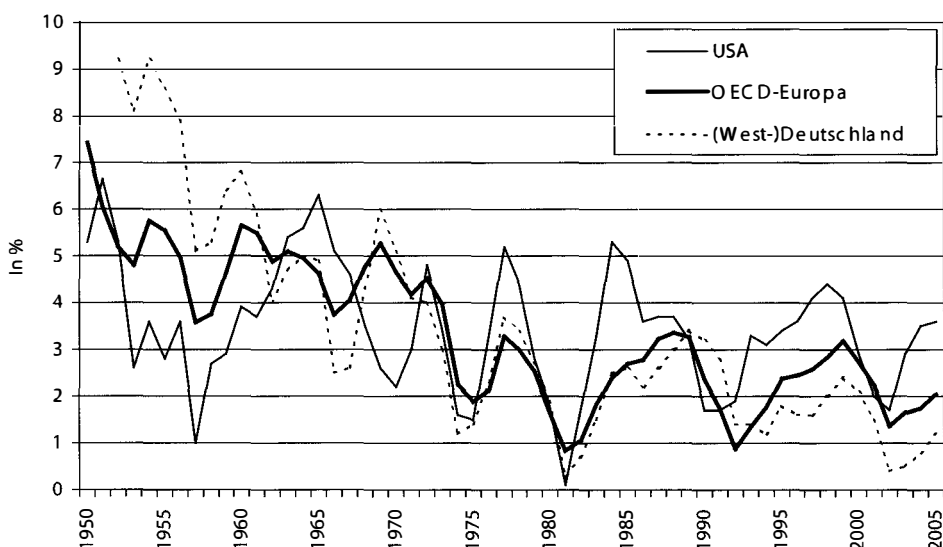
Das europäische Wirtschaftswunder

Eine ähnliche Entwicklung scheint sich in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen zu haben. Diese Region erlebte nach 1945 eine nie gekannte ökonomische Expansion. Nachdem die gewaltigen Kriegszer-

störungen verhältnismäßig rasch hatten überwunden werden können – um 1950 erreichte das Bruttoinlandsprodukt fast aller dieser Staaten das Vorkriegsniveau –, setzte ein Wachstum ein, das alle bisherigen Erfahrungen übertraf und Europa an das Niveau der USA heranführte. Dort erreichte die Expansion nicht annähernd die europäische Intensität. Der Begriff des „Wirtschaftswunders“ wurde zwar für die Bundesrepublik Deutschland geprägt, hatte jedoch eigentlich für ganz Westeuropa – vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens – Gültigkeit.

Nun lassen sich einige Gründe für dieses außergewöhnliche Wachstum anführen. Da ist einmal die Hypothese, dass der technische Fortschritt ein jährliches Kapazitätswachstum von etwa 2% des Bruttoinlandsproduktes erlaube. Die reale Entwicklung habe dieses Volumen seit 1913 nicht annähernd ausgeschöpft, unter den günsti-

Abbildung 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland, OECD-Europa und den USA (gleitende Dreijahresdurchschnitte)



Quelle: WIFO-Datenbank, Maddison, A., The World Economy: A Millenial Perspective, Paris, 2001. – (West-) Deutschland ab 1990 einschließlich neue Bundesländer.

gen Bedingungen nach 1945 sei das sozusagen aufgeholt worden.

Weiters wird häufig auf die US-Wirtschaftshilfe hingewiesen, die den europäischen Staaten einen raschen Wiederaufbau ohne Beschränkungen durch Zahlungsbilanz und Kapitalknappheit erlaubt habe. Und im Zug dieses Hilfsprogramms sei auch die fortgeschrittene Technik der USA nach Europa geflossen – mit entsprechenden Effekten für das Wachstum.

Schließlich wird auch das äußerst vorteilhafte soziale Klima genannt. Die Gewerkschaften hätten mäßige Lohnsteigerungen akzeptiert, weil ihnen bewusst gewesen sei, dass die Unternehmensgewinne überwiegend investiert würden.²¹ Überdies sei die lohnpolitische Zurückhaltung durch den Ausbau der sozialen Sicherheit kompensiert worden.²² Ganz generell lässt sich sagen, dass in dieser Periode das hohe gegenseitige Vertrauen der Sozialpartner, also Sozialkapital, entstanden ist, das die Lösung vieler wirtschaftspolitischer Probleme vereinfacht habe.²³

Wahrscheinlich haben alle diese Determinanten zusammen den Wachstumsschub begünstigt und das relative Zurückbleiben der USA ließe sich eben daraus erklären, dass viele dieser Einflüsse dort entweder fehlten – die USA konnten eben keine Wirtschaftshilfe beziehen – oder weniger deutlich hervortraten.

Etwas schwieriger ist mit den dargelegten Elementen der Entwicklungsbruch um die Mitte der siebziger Jahre zu erklären, durch den dieses Wachstum relativ abrupt abbrach. Die zwei Jahrzehnte lang unbekannte Arbeitslosigkeit wurde wieder zu einem Problem. Diese Abschwächung prägte sich in den USA weniger deutlich aus und in den neunziger Jahren erlebten

diese den „längsten Aufschwung seit 1945“, wogegen Europa während dieser ganzen Periode eher in Stagnation verharrte.

Nun steht außer Zweifel, dass viele wachstumsfördernde Elemente gegenüber dem „goldenen Zeitalter“ weggefallen sind: weder gibt es Auslandshilfe, noch einen technischen Aufholprozess. Geändert haben sich gewiss auch die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen. Der jahrzehntelange Aufschwung hatte die Gewerkschaften gestärkt und deren Lohnforderungen gesteigert, denen die Unternehmer wenig Widerstand entgegensetzten, weil sie ohne Schwierigkeiten die Preise erhöhen konnten. Gleichzeitig wurden die Ansprüche an die öffentliche Hand permanent ausgeweitet, mit der Folge steigender Budgetdefizite und damit der Staatsverschuldung. Die daraus resultierende Inflation dämpfte in vielen Staaten das reale Wirtschaftswachstum, sodass sich für diese Konstellation der Ausdruck „Stagflation“ einbürgerte. Der „Erdölpreis-Schock“ traf also ein schon recht morsches Gebäude.

Versuche, das Wachstum durch eine keynesianische Expansionspolitik wieder in Gang zu bringen, erwiesen sich als wirkungslos, was wesentlich zur Renaissance des neoklassischen Credos in Westeuropa beitrug. Seit damals gibt es in der Wirtschaftspolitik praktisch nur mehr Budgetstabilisierung, Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohnkostenreduktion – was alles bis jetzt gleichfalls nichts bewirkte.

Es lässt sich also einiges über die schleppende Wirtschaftsentwicklung seit den achtziger Jahren sagen. Offen bleibt allerdings die Frage nach der unterschiedlichen Performance in Europa und den USA.

Vielleicht hilft auch hier ein Blick

auf die Veränderungen der Institutionenstruktur weiter. Das Interesse des Westens konzentrierte sich nach 1945 auf die weltweite Festigung und den Ausbau der Demokratie sowie auf wirtschaftliche und soziale Expansion. Ersteres Ziel lag den Verhandlungen von Dumbarton Oaks zugrunde, die zur Schaffung der Vereinten Nationen führten. Diese Bemühungen scheiterten insofern, als die weltpolitische Landschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die Bipolarität von westlicher Demokratie und kommunistischem Totalitarismus gekennzeichnet war. Auch in der Dritten Welt überwogen autoritäre Herrschaftssysteme.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr den Abkommen von Bretton Woods. Die angloamerikanische Konzeption der Nachkriegswirtschaft, basierend auf dem freien Markt, erlebte ihre Verwirklichung gleichfalls vorwiegend im Westen, dort jedoch mit dem beschriebenen ungeahnten Erfolg.

Wie immer, der politische Schwerpunkt dieser Periode lag in der westlichen Welt im wirtschaftlichen Wachstum. Das drückte sich nicht nur im Konzept von Bretton Woods aus, sondern ebenso in der seit 1945 betriebenen Wirtschaftspolitik. Solches scheint ja deshalb nicht weiter verwunderlich, weil es nicht nur galt, die Schäden des Krieges zu beseitigen, sondern auch jene Folgen zu vermeiden, die die Weltwirtschaftskrise nach sich gezogen hatte. Der Siegeszug des Keynesianismus schien der Politik auch das Instrumentarium in die Hand gegeben zu haben, das Wachstum zu regulieren. Es war jene Zeit, da manche Ökonomen das Ende des Konjunkturzyklus konstatierten oder die „Feinsteuerung der Konjunktur“ ins Auge fassten.

Aber nicht nur die Wirtschaftspolitik zielte auf Wachstum, solches galt auch für die Interessenverbände. Die Gewerkschaften beschäftigten sich nicht nur mehr mit Löhnen sowie mit Arbeitsrecht und Sozialversicherung, sondern auch mit ökonomischen Fragen, um das Wachstum zu fördern. Eine Position, die sich in der von Eichengreen beschriebenen Konstellation niederschlug.

Man kann noch weiter gehen. Nicht allein Regierungen und Interessenverbände konzentrierten sich auf das Wirtschaftswachstum. Auch für die Bevölkerung war die ökonomische Expansion, die ja die Basis für die Steigerung der Einkommen bildete, der zentrale Wert geworden. Nahezu alle Bürger versuchten, dazu ihren Beitrag zu leisten. Alles konzentrierte sich auf die Ausweitung von Produktion, Leistung und Einkommen. In dieser Zeit erlangte einer der wichtigsten Repräsentanten der „Sozialen Marktwirtschaft“, Ludwig Erhard, in der Öffentlichkeit geradezu heiligmäßigen Status. Die *Governance Structure* dieser Epoche war fast ausschließlich auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet.

Und es bestand im Westen Übereinstimmung darüber, dass das beste Vehikel für die ökonomische Expansion die Marktwirtschaft sei. Alternative Konzepte, wie der real existierende Sozialismus, spielten insbesondere im deutschsprachigen Raum überhaupt keine Rolle. Auch die Sozialdemokratie, die in der praktischen Politik nie Versuche in Richtung solcher Alternativen unternommen hatte – sie hielt nur in manchen Ländern länger an der Kriegsreglementierung fest –, bekannte sich zu diesem Weg. Symbol dafür wurde in Deutschland das „Godesberger Programm“.

Eurosklerose

Mitte der siebziger Jahre veränderte sich dieses Weltbild grundlegend und relativ abrupt. Zwei neue Sichtweisen traten in den Vordergrund: jene der „68er-Revolution“ und die der Umweltbewegung.

Erstere ging von den Studierenden aus, erfasste jedoch rasch weite akademische Kreise, Künstler und freischwebende Intellektuelle. Diese Überlegungen basierten vor allem auf Gedanken Herbert Marcuses²⁴ und kreisten um die Manipulation des Menschen im Spätkapitalismus durch „Konsumterror“. Jene gelinge derartig perfekt, dass sich das Individuum seiner Entfremdung überhaupt nicht bewusst werde. Nur durch (Gegen-)Gewalt sei es möglich, dem System die Larve vom Gesicht zu reißen.

Nun musste diese Geisteshaltung, die in sehr viele Lebensbereiche diffundiert war, zwar nach einiger Zeit an den sozialen Realitäten zerbrechen, aber eine gewisse Grundströmung der militanten Gegnerschaft gegen das kapitalistische System blieb erhalten und tritt periodisch immer wieder an die Oberfläche – wie etwa im jüngsten Kampf gegen die „Globalisierung“.

Noch nachhaltiger wirkte die gleichfalls um diese Zeit entstandene Umweltbewegung. Am Anfang stand das Weltmodell des „Club of Rome“, das den Untergang der Zivilisation als Folge des Wirtschaftswachstums für den Beginn des neuen Jahrtausends voraussagte.²⁵ Diese Ankündigung löste in breiten Kreisen des Mittelstandes einen Sturm der Begeisterung aus. Obwohl Ökonomen die völlig willkürlichen Annahmen dieser „Weltmodelle“ als „schamlosen Unsinn“ identifizierten,²⁶ blieb ihre Faszination lange Zeit erhalten. Noch heute schreiben die meisten

Journalisten nur mit Ehrerbietung darüber.

Zwar setzten sich auch in diesem Fall allmählich die Realitäten durch, doch die Umweltbewegung blieb ein bestimmender Faktor des politischen Lebens. Die daraus hervorgegangenen grünen Parteien sind etabliert, haben sich freilich insofern zurückgenommen, als die ursprünglich radikale Kritik am ökonomischen System einer grundsätzlichen Akzeptanz gewichen ist. Doch auch hier bleibt ein skeptischer Grundton erhalten.

Und diese historischen Bewegungen bestimmen heute in hohem Maß die europäische Institutionenstruktur. Diese lässt sich etwa in folgender Weise nachzeichnen: Da besteht insbesondere im höheren Mittelstand eine diffuse Reserve gegenüber dem „Kapitalismus“ – faktisch also gegenüber der Industriegesellschaft, die Furcht vor ihren Auswirkungen auf die Umwelt. Das gilt weniger für konkrete Gefährdungen, die ja bekämpft werden könnten, sondern es existiert eine vage Angst vor dem wissenschaftlichen Fortschritt. Das Erschließen neuer Möglichkeiten erweckt zunächst Misstrauen und provoziert den Ruf nach deren Beschränkungen. Deren Verträglichkeit steht an der Spitze. Wolfgang Schäuble (2003) hat das kürzlich in der „Zeit“ mit folgenden Worten charakterisiert: „Wenn wir fragen, wie man Erfolg am sinnvollsten gerecht und sozial verträglich verteilt, vergessen wir dabei zunehmend den ersten Schritt, nämlich erst einmal Erfolg zu haben.“

Die Konsequenzen, die sich aus der Dominanz der beschriebenen Ideologien in der Realität ergeben, seien am österreichischen Beispiel demonstriert; zunächst weil es nahe liegt, dann aber auch, weil die Umweltpräferenz

hier besonders stark ausgeprägt ist. Ihre Folgen betreffen zunächst das Humankapital. Die Aversion gegen Naturwissenschaften und Technik führt dazu, dass die Hörerzahl an den technischen Universitäten seit Jahren zurückgeht. Als Konsequenz dieses Rückganges entstand bereits eine absolute Knappheit an Technikern in Österreich.

Das gilt nicht unbedingt für die anderen Naturwissenschaften. Doch stehen die Forscher in diesen Bereichen ständig dem Problem gegenüber, sich mit Angriffen auseinander setzen zu müssen, welche die Entstehung massiver Gefahren durch die Resultate ihrer Arbeit behaupten. Nun muss man kein Wort darüber verlieren, dass jeder Forscher mögliche negative Auswirkungen seiner Studien im Auge zu behalten hat. Doch entsteht in den letzten Jahren der Eindruck, dass solche geradezu kreierte werden.

Als Beispiel mag die Einstellung zur Gentechnik gelten. Die USA haben bei der World Trade Organization eine Klage gegen die EU eingebracht, weil diese den Import bestimmter gentechnisch manipulierter Produkte untersagte. Die Klage war erfolgreich, da kein Nachweis über irgendwelche Gefährdung erbracht werden konnte. In Österreich erhoben sich sofort Stimmen, den Import solcher Güter trotzdem zu untersagen; sicherlich aber die Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen zu verbieten, selbst wenn die EU solches – limitiert – gestatten sollte.

Ökonomisch bedeutet diese Vorgangsweise, dass den Produzenten Kostensenkungen verwehrt werden, Konsumenten höhere Preise zahlen müssen und der österreichischen Wissenschaft Arbeitsgebiete beschränkt werden.

In hohem Maß bestimmt diese Ideologie aber die Politik schlechthin. So wurde die Außenpolitik der großen Koalition in den neunziger Jahren durch den theatralischen Kampf gegen das tschechische Atomkraftwerk Temelin gekennzeichnet. Natürlich blieb dieser in der Sache völlig erfolglos, vergiftete aber die ursprünglich freundschaftliche Atmosphäre zwischen beiden Ländern. Glücklicherweise scheint sich diese fatale Politik nicht allzu stark auf die Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt zu haben – die österreichischen Investoren sind in der Tschechischen Republik wohl etabliert –, doch förderlich dafür erwiesen sie sich gewiss nicht.

Fehlallokation der Ressourcen

Besonders die Verkehrsinfrastruktur litt unter der neuen Ideologie. In dieser Atmosphäre wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen derart exzessiv gestaltet, dass insbesondere Straßenbauprojekte endlos hinausgezögert oder überhaupt nicht realisiert wurden oder wie das der Direktor des Instituts für Höhere Studien Felderer formulierte „Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein Horror für jeden betroffenen Betrieb.“²⁷ Um diese Hürden zu umgehen, wichen die Investoren häufig von Autobahnen auf Schnellstraßen aus, weil sich für diese die Bewilligungsverfahren als einfacher erwiesen.

Als Beispiel für diese Gegebenheiten sei hier auf die – lediglich 20 km lange – Autobahnverbindung mit Pressburg verwiesen. Obwohl die Wirtschaftspolitik nach der „Wende“ des Jahres 1989 hätte bedenken müssen, dass in diesem Raum eine neue industrielle Agglomeration entstehen könnte, wurde die Verbindung durch die Parndorfer Senke aus ökologischen Gründen nicht in Angriff genommen. Erst heute,

da man das Entstehen von Industrielustern in der Slowakei und den Ausschluss von Wiener Zulieferern infolge unzureichender Verkehrsverbindung nicht mehr übersehen kann, werden die Arbeiten begonnen.

Ähnliches widerfuhr der Wiener Südumfahrung. Wiewohl alle Großstädte der westlichen Welt von einem Autobahnring umschlossen sind, existieren in Wien davon nur Fragmente. Und trotzdem die Tangente Wiens von allen Straßen Österreichs am meisten befahren wird, war es mehr als 20 Jahre nicht möglich, eine Entlastungsschnellstraße zu errichten. Überflüssig zu betonen, dass diese Umfahrung, weil sie einen Zipfel der Lobau durchschneidet, mit gigantischen Kosten durch einen Tunnel geführt werden muss.

Dem Bereich der Infrastrukturpolitik wäre auch die Verkehrspolitik zuzuordnen. Diese steht seit Jahrzehnten unter dem Wahrspruch: „Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene“. Es ficht weder die Umweltaktivisten, noch die Politiker in irgendeiner Weise an, dass sich gleichfalls seit Jahrzehnten, trotz massiver Bahnsubventionen, genau der gegenteilige Prozess vollzieht.

Bis Mitte der siebziger Jahre erfolgten die Investitionen dieses Wirtschaftsgebietes im Wesentlichen nachfrageorientiert – Straßen wurden dort gebaut, wo der größte Bedarf nach Transportleistungen entstanden war.²⁸ Nach der „Erdölpreiskrise“ änderte sich die Verkehrspolitik. Zunächst wurde eher aus energiepolitischen Gründen 1976 die Kfz-Steuer verdoppelt und die zusätzlichen Steuereinnahmen für den Ausbau des Personennahverkehrs auf der Schiene zweckgebunden. Schon umweltpolitisch motiviert schien die Aufhebung der Zweckbindung für die Mineralölsteuer. Der Wandel zur an-

gebotsorientierten Infrastrukturpolitik führte zu einem Einbruch der Investitionen in das hochrangige Straßennetz. Selbst das gesteigerte Verkehrsaufkommen durch die Ostöffnung zog keine entsprechenden Reaktionen nach sich. Der Straßenbau beschränkte sich auf Lückenschluss, Schallschutzwände und Lärmschutztunnel.²⁹ Das hatte den miserablen Zustand der wichtigsten Verkehrsschlagadern Österreichs zur Folge. Demgegenüber beschloss der Nationalrat 1989 das Hochleistungsstreckengesetz, mit dem die Kapazitäten der Bahn erweitert und die Reisegeschwindigkeit erhöht werden sollte.

Tabelle 2: Infrastrukturinvestitionen in Schiene und Straße

	Bundesstraßen	Bahn
	Mio. Schilling	
1983	11.962	10.688
1984	11.211	10.063
1985	11.497	9.722
1986	10.769	9.239
1987	8.708	7.505
1988	8.284	8.595
1989	7.692	10.243
1990	8.450	13.262
1991	7.174	11.516
1992	6.509	13.431
1993	6.247	15.454
1994	6.497	9.577
1995	5.409	7.210
1996	5.282	8.321
1997	6.322	9.807
1998	7.543	13.484
	Mio. Euro	
1999	560,8	1.119,5
2000	565,6	1.201,1
2001	716,5	1.072,1
2002	696,9	1.190,4

Quelle Statistik Austria; Geschäftsberichte der ÖBB, ASFINAG und SCHIG.

Diese politischen Entscheidungen bestimmten das Verhältnis der Investitionen zwischen den beiden Verkehrsträgern. Hatten jene in die Straßen bis 1987 die Bahninvestitionen noch geringfügig übertroffen, so verkehrte sich nunmehr das Verhältnis. Erstere gingen seit 1984 tendenziell auch absolut zurück. Wiewohl diese Ausgaben ab 1997 wieder zu steigen begannen, blieben sie unverändert weit unter den Schieneninvestitionen. Die Investitionen in das hochrangige Straßennetz erreichten seit 1999 nur etwa die Hälfte dieser.

Das Verhältnis der Investitionen reflektierte in keiner Weise das Aufkommen der beiden Verkehrsträger. Im Jahr 2000 entfielen 82,2% des Personenverkehrs auf Autobahnen sowie Schnellstraßen und 17,8% auf die Schiene; im Güterverkehr betrugen die Anteile 56,6% und 43,4%.

Der 2002 vorgestellte Generalverkehrsplan Österreich sieht für die folgenden 20 Jahre ein Investitionsvolumen der Verkehrsinfrastruktur von insgesamt 45,2 Mrd. Euro vor. Davon sollen 29,9 Mrd. Euro auf die Schiene, 15,0 Mrd. Euro auf die Straße und 0,3 Mrd. Euro auf die Donau entfallen. Da aber 7,5 Mrd. Euro den Bundesstraßen (B) gewidmet werden,

beträgt das Verhältnis der geplanten Investitionen zwischen Autobahn und Schnellstraßen einerseits sowie der Schiene andererseits 1:4. „Angesichts dieser Relationen und des bestehenden Wachstumsvorsprunges des Verkehrs auf Autobahnen und Schnellstraßen muss es zu einschneidenden Änderungen in der künftigen Verkehrsentwicklung kommen, damit der GVP-Ö nicht zu großen Fehlallokationen von Investitionsmitteln führt.“³⁰

Ein weiterer Schwerpunkt der österreichischen Verkehrspolitik lag in der Beschränkung des Transitverkehrs auf der Straße. In erster Linie betroffen davon war die Brennerautobahn. Die starke Belastung dieser österreichischen Verbindung resultierte zum Teil daraus, dass die Schweiz, die über die kürzeste Nord-Südverbindung nach Italien verfügt, den Lkw-Verkehr limitierte. Lange Zeit blieb dort der Transport mit Lastkraftwagen bis maximal 28 t Gesamtgewicht beschränkt. Erst ab 2001 wurde diese Grenze infolge eines Abkommens mit der EU auf 34 t und ab 2005 auf 40 t erhöht. Überdies verpflichtete sich die Schweiz, eine „Neue Eisenbahn-Alpen-Transversale“ (NEAT) zu errichten, die zu einem Teil durch die Straßenmaut finanziert wird.

Die österreichische Politik zur Ver-

Tabelle 3: Verkehrsleistungen auf Autobahnen, Schnellstraßen und dem Schienennetz 2000

		Autobahnen und Schnell- straßen	Schiene	Insgesamt
Personenverkehr	Mrd. pkm	37,9	8,2	46,1
	Anteile in %	82,2	17,8	100,0
Güterverkehr	Mrd. tkm	22,3	17,1	39,4
	Anteile in %	56,6	43,4	100,0
Insgesamt	Mrd. ekm	60,2	25,3	85,5
	Anteile in %	70,4	29,6	100,0

Quelle: Puwein, W., Finanzierung der Bahninfrastruktur durch Querfinanzierung von der Straße, WIFO, Wien, 2004, S. 19.

kehrsreduktion richtete sich allerdings nicht gegen die Schweiz, sondern stets gegen die EU. Diese Vorgangsweise erwies sich nicht nur deshalb als verfehlt, weil der Alpen transit für Italien einen lebenswichtigen und für Deutschland einen relevanten Faktor darstellt, sondern weil der freie Warenverkehr und die freie Wahl des Transportmittels zu den Grundprinzipien der Gemeinschaft zählen.

Die verschiedenen Bürgerinitiativen gegen den Transitverkehr resultieren auch daraus, dass die Bevölkerung niemals von der Regierung oder den zuständigen Behörden über die Realitäten aufgeklärt wurde. Seit mehr als 30 Jahren versichern alle Verkehrsminister, die Verlagerung des Warenverkehrs auf die Bahn sei ihr vornehmstes Anliegen, wiewohl sich realiter in Österreich wie in ganz Europa – wie schon gesagt – trotz massiver Subventionen genau das Gegenteil vollzieht. Die technisch-organisatorischen Vorteile des Straßenverkehrs sind derartig groß, dass nur exorbitante Kostensteigerungen für den Lkw-Transport, Fahrverbote, Gewichtsbeschränkungen oder Kontingentierungen eine solche Verlagerung bewirken könnten. Zwar erlaubt die neue Wegekostenrichtlinie der EU einen Mautzuschlag von 25% zur Querfinanzierung der Bahn, doch würde dieser vor allem den Regionaltransport belasten und fällt für den Fernverkehr kaum ins Gewicht.

Ähnliche Charakteristika prägen die österreichische Energiepolitik. Diese wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den massiven Ausbau der heimischen Energiereserven, vor allem der Wasserkraft, gekennzeichnet. Den ersten Bruch darin verursachte die Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf. Die Ablehnung der Atomkraft durch die Stimmbürger führ-

te dazu, dass die bereits fertig gestellte Anlage stillgelegt wurde. Damit war eine Möglichkeit der Energieentwicklung ausgeschlossen.

Der zweite Bruch erfolgte mit den Protestaktionen gegen das geplante Wasserkraftwerk Hainburg. Dieses hätte nicht nur der Energiegewinnung dienen, sondern auch die Donausohle für die Schifffahrt stabilisieren sollen. Danach kam der Kraftwerksbau in Österreich allmählich völlig zum Erliegen.

Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts konzentrierte sich die österreichische Energiepolitik auf die Förderung „erneuerbarer“ Energie. Dazu zählen Windräder, Hackschnitzelverwertung, kleine Wasserkraftwerke, Erdwärme u. ä. Bemerkenswerterweise produzieren größer dimensionierte Wasserkraftwerke nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen in Österreich keine erneuerbare Energie. Da alle die angeführten Energieerzeugungen unter Marktbedingungen nicht konkurrenzfähig wären, wird ihr Bau von der öffentlichen Hand subventioniert und die Energieunternehmen sind verpflichtet, deren Strom zu einem überhöhten Preis abzunehmen. Nach Angaben der Energie-Control GmbH liegt derzeit der Marktwert des erzeugten Stroms bei 3,3 Cent je kWh, wogegen der Einspeisetarif für Ökostromerzeugung 16,5 Cent je kWh beträgt. Daher werden die Verbraucher damit massiv belastet³¹).

Auch in diesem Fall informiert man die Öffentlichkeit völlig unzulänglich, indem der Eindruck erweckt wird, die „erneuerbare“ Energie könne einen relevanten Beitrag zur Deckung des Inlandsverbrauches leisten. Sieht man vom Brennholz, das seit Jahrzehnten einen bemerkenswert konstanten Anteil erbringt, den Holzabfällen und der Industrieabläufe ab, dann deckt die

Ökoenergie nur 4,2% des Verbrauches. Von dort her eine spürbare Entlastung der Energieversorgung zu erwarten, scheint – zumindest nach dem gegenwärtigen und absehbaren Stand der Technik – reine Illusion.

Dazu kommt, dass etwa Windräder zur Energieerzeugung überhaupt ungeeignet sind. Zunächst, weil hierzulande Winde sehr unregelmäßig wehen, dann, weil sie die Landschaft verschandeln und schließlich wegen der erratischen Erzeugung zusätzliche Reservekapazitäten anderer Energieträger erfordern.

Da der Verbrauch elektrischer Energie selbst bei schleppender Wirtschaftsentwicklung ständig wächst, veränderte sich Österreichs Position am internationalen Markt. Nachdem Jahrzehnte hindurch im Handel mit Strom Überschüsse erzielt worden waren, entstanden nunmehr Defizite. Gegenwärtig existieren auf dem europäischen Markt eher Angebotsüberschüsse. Längerfristig könnten jedoch angesichts stetig steigender Strom-

nachfrage Knappheiten mit steigenden Preisen entstehen.

Antiwachstumspolitik

Versucht man, die ökonomischen Konsequenzen dieser Politik zusammenzufassen, dann ergibt sich Folgendes: Zunächst werden Investitionen be- oder verhindert, vorhandene Mittel nicht nachfragewirksam eingesetzt, also die Investitionsquote *ceteris paribus* gesenkt. Weiters kommt es durch die beschriebene Infrastruktur-, Verkehrs- und Energiepolitik zu einer massiven Fehlallokation der Ressourcen, d. h. die eingesetzten Mittel erzielen einen suboptimalen Wachstumseffekt. Es handelt sich dabei keinesfalls um kurzfristige Anreize, sondern großteils um jahrzehntelang fortgeführte Fehlinvestitionen. Diese schlagen sich im Verkehr auch in Kosten nieder, die durch mangelnde Straßenverbindungen (Pressburg) oder durch Staus sowie Unfälle entstehen.

Nun entwickelt sich die Leistungsbi-

Tabelle 4: Bruttoinlandsverbrauch von Energie und Alternativenenergien im Jahr 2003

	In TJ	In % des Bruttoinlandsverbrauchs
Erneuerbare Energie	142.123	10,1
Brennholz	71.782	5,1
Holzabfälle	39.578	2,8
Ablaugen	23.553	1,7
Grüne Energie	7.210	0,5
Geothermie	768	0,1
Solarenergie	3.297	0,2
Deponiegas	528	0,0
Klärgas	745	0,1
Biogene Brenn- und Treibstoffe	512	0,0
Wind	1.318	0,1
Photovoltaik	42	0,0
<i>Bruttoinlandsverbrauch insgesamt</i>	<i>1.401.344</i>	<i>100,0</i>

Quelle: Statistik Austria.

lanz, lange Zeit ein Schwachpunkt der österreichischen Wirtschaft, in jüngerer Zeit günstig. Aber das kann sich, gerade angesichts der Verteuerung von Erdöl und Erdgas, ändern. Es erscheint daher leichtfertig, wenn sich die Wirtschaftspolitik auf marginale Energieproduktionen konzentriert und nicht die naturgegebenen Vorteile der Wasserkraft ausnützt.

Berücksichtigt man noch die notorischen Agrarsubventionen, dann gelangt man zu der ernüchternden Einsicht, dass ein Großteil der staatlichen Wirtschaftspolitik implizit darauf abzielt, das Wirtschaftswachstum zu verringern.

Nun stellt sich die Frage: Kennen die USA solche Erscheinungen nicht? Umso mehr, als schließlich auch die beschriebenen Strömungen, wie ja alles nach 1945, aus den USA kamen (lediglich der Konsum und in der Folge auch der Anbau von Wein gingen in die entgegengesetzte Richtung). Der Umweltgedanke entstand mit dem „*Greening of America*“, und die Anti-Vietnam-Bewegung diente der 68er-Revolution als Vorbild. Die Bedeutung beider scheint aber seit den achtziger Jahren zurückgegangen zu sein. Mit der Ära Reagan setzten sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion die *Supply Side Economics* durch. Um diese ist es zwar indessen still geworden, aber die Neoklassik bestimmt nach wie vor das wirtschaftspolitische Klima des Landes. Was immer man von diesen Gegebenheiten halten mag, gewiss ist, dass die beschriebenen europäischen Verhaltensweisen in den USA heute eine geringe Rolle spielen.

Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, dass sich die unterschiedliche *Performance* der europäischen und der US-amerikanischen Wirtschaft aus der unterschiedlichen Institutio-

nenstruktur erklärt. Hierbei zeigen sich auch die Parallelen zur englischen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In beiden Fällen vollzog sich ein grundlegender Wandel der Institutionenstruktur. Große Teile der Oberschicht lehnten die Industriegesellschaft ebenso ab, wie den technischen Fortschritt. Damit konnten die personellen Ressourcen des Landes nur teilweise ausgeschöpft werden. Die Wirtschaftspolitik vernachlässigte die Infrastruktur, insbesondere die Industrie musste zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen.

Sicherlich gilt auch hier, dass der fundamentale Charakter des sozialen Wandels zur Industriegesellschaft dadurch nicht rückgängig gemacht werden kann. Natürlich ändert sich nichts daran, dass alle westeuropäischen Länder hoch entwickelte Industriestaaten bleiben, umso mehr, als Unternehmer wie Unselbstständige von den beschriebenen Ideologien kaum infiziert sind. Die geschilderten Veränderungen der Institutionenstruktur sind ein Oberflächenphänomen. Aber sie könnten ausreichen, um die mittel- bis langfristigen Unterschiede im Wachstumstempo zwischen den beiden Regionen zu erklären.

Zusammenfassung

Die relative Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in England im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gab den Nationalökonomern Rätsel auf. Der Wirtschaftshistoriker M. J. Wiener versucht, das Phänomen aus der veränderten Institutionenstruktur zu erklären. Anstelle eines sozialen Leitbildes, das an Naturwissenschaft und ökonomischer Effizienz orientiert war und die führende Rolle Englands in der Industriellen Revolution erklärte, trat jenes

des *Gentleman*, des Aristokraten, der sich auf seinen Gütern dem rustikalen Wohlleben widmet und die produktive Arbeit verachtet.

Die vorliegende Untersuchung stellt die Frage, ob die Wachstumsverlangsamung Europas in den letzten Jahren nicht einer ähnlichen Entwicklung zuzuschreiben sei. Die auf technischen und wirtschaftlichen Fortschritt konzentrierte Atmosphäre des „goldenen Zeitalters“ wurde dort durch die Revolution der „Achtundsechziger“ sowie der Umweltaktivisten abgelöst. Dadurch entstand vor allem in den Oberschichten eine technik- und wirtschaftsfeindliche Atmosphäre, die einerseits zu Beschränkungen des Humankapitals, Behinderung von Investitionen, aber auch zu einer unzweckmäßigen Wirtschaftspolitik führte. In Österreich sind es, neben der traditionellen Agrarpolitik, vor allem der Infrastrukturausbau, die Verkehrs- und Energiepolitik, die zu einer massiven Fehlallokation der Ressourcen führen. Es ist zu vermuten, dass alle diese Einflüsse das, im Vergleich zu den USA, schwache europäische Wachstum erklären.

Anmerkungen

- ¹ Die Grundlinien dieser Studie wurde am 14. Weltkongress der International Economic Association vom 29. August bis zum 2. September 2005 in Marrakesch präsentiert.
- ² Sinn, H.-W., Die rote Laterne. Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen, in: ifo-Schnelldienst 23 (2002).
- ³ Marterbauer, M.; Walterskirchen, E., Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 75/2 (2002).

- ⁴ Butschek, F., Europa und die Industrielle Revolution (Wien – Köln – Weimar 2002) 164.
- ⁵ McNeill, W. H., The Rise of the West. A History of the Human Community (Chicago 1963) 734.
- ⁶ Jacob, M. C., The Cultural Foundation of Early Industrialization: A Prospect, in: Berg, M.; Bruland, K. (Hrsg.), Technological Revolutions in Europe. Historical Perspectives (Cheltenham – Northampton 1998) 69.
- ⁷ Maddison, A., The World Economy: A Millennial Perspective (Paris 2001) 94.
- ⁸ Pollard, S., Britain's Prime and Britain's Decline. The British Economy 1870 – 1914 (London 1989) 118.
- ⁹ Ebendort.
- ¹⁰ Maddison (2001) 100.
- ¹¹ Pollard (1989) 118.
- ¹² Bairoch, P., Economics and World History, Myth and Paradoxes (New York 1993) 77.
- ¹³ Pollard (1989) 260.
- ¹⁴ Wiener, M. J., English Culture and the Decline of Industrial Spirit 1850 – 1980 (Cambridge 1981, 2004).
- ¹⁵ Pollard (1989) 228.
- ¹⁶ McNeill (1963) 735.
- ¹⁷ Wiener (1985) 84.
- ¹⁸ Klingender, F. D., Kunst und Industrielle Revolution (Dresden 1974).
- ¹⁹ Wiener (1985) 6.
- ²⁰ Pollard (1989) 235.
- ²¹ Eichengreen, B., Institutions and Economic Growth: Europe after World War II, in: Crafts, N.; Toniolo, G. (Hrsg.), Economic Growth in Europe since 1945 (Cambridge 1996); Eichengreen, B.; Iversen, T., Institutions and Economic Performance: Evidence from the Labour Market, in: Oxford Review of Economic Policy 4 (1999).
- ²² Pizzorno, A., Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict, in: Crouch, C.; Pizzorno, A. (Hrsg.), The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968 (London 1978).
- ²³ Butschek, F., The Interplay of Formal and Informal Institutions and Economic Growth. The Case of Austria, in: Ipsen,

- D.; Peukert, H. (Hrsg.), *Institutionen-ökonomie: Theoretische Konzeptionen und empirische Studien* (Frankfurt/Main 2002); Chaloupek, G., *Sozialkapital und Sozialpartnerschaft*, in: *SWS-Rundschau* 3 (2003).
- ²⁴ Marcuse, H., *Der eindimensionale Mensch* (Neuwied und Berlin 1967).
- ²⁵ Meadows, D., *Die Grenzen des Wachstums* (Stuttgart 1972).
- ²⁶ Beckerman, W., *Economists, Scientists and Environmental Catastrophe*, in: *Oxford Economic Papers* 3 (1972); Beckerman, W., *In Defence of Economic Growth* (London 1974).
- ²⁷ „Die Presse“ (24.3.2006).
- ²⁸ Puwein, W., *Investitionen in die Bahn- und Straßeninfrastruktur*, in: *WIFO-Monatsberichte* 72/8 (1999).
- ²⁹ Puwein, W., *Finanzierung der Bahninfrastruktur durch Querfinanzierung von der Straße* (WIFO, Wien 2004) 14.
- ³⁰ Ebendort 18.
- ³¹ Boltz, W., *Energie-Control GmbH, Gendarstellung*, in: *Ökoenergie* 59 (2005) 2.